

Newsletter – Ausgabe Nr. 11

Liebe Genossinnen und Genossen,

die dritte Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) in diesem Jahr fand außer der Reihe am 24.09.2018 statt. Das Thema: Die Ansätze der Ruhrkonferenz des Landes. Eigens dazu war der Ministerpräsident des Landes Armin Laschet angereist. Um es vorweg zu nehmen: Ein Austausch auf Augenhöhe war die Versammlung nicht, dafür war die Zeit viel zu kurz.

Die turnusmäßige Sitzung war dann am 5.10.2018. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Einbringung des Haushaltes 2019, das Zielabweichungsverfahren in Duisburg zur Entwicklung des Gebietes östlich der Masurenseen sowie Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft der Städteregion Ruhr in den Städten Herne, Bochum und Mülheim. Dem haben wir zugestimmt.

Themen zu denen die große Koalition von CDU, SPD und Grünen noch keine Sprachregelungen gefunden hatten, wurden wegen Beratungsbedarf in die nächste Verbandsversammlung geschoben. So geschehen mit der Stellungnahme zu den vorgesehenen Änderungen am Landesentwicklungsplan.

Die Themen im Überblick:

Sondersitzung der RVR-Verbandsversammlung

RVR bei der Umsetzung der Ruhrkonferenz auf Augenhöhe beteiligen!

Seite 1

Wichtiges aus der 20. Verbandsversammlung

Haushalt des RVR eingebracht

Seite 2

Ersatzneubau der Rheinbrücke an der A 40 unbedingt zeitgemäß planen

Klare Forderungen an EU, Bund und Land zur neuen EU-Förderperiode 2021-2027

Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet – Belange in der Stadt Bottrop beachten

Neuigkeiten aus den Ausschüssen

**IGA 2027 – Entscheidung in den Kommunen steht jetzt endlich an
Regionalplan Ruhr – Wie geht es weiter?**

Seite 3

Einige Pressemitteilungen

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

Sondersitzung der RVR-Verbandsversammlung

RVR bei der Umsetzung der Ruhrkonferenz auf Augenhöhe beteiligen!

Nach deutlicher – auch von unserer Fraktion geübter – Kritik am Vorgehen der Landesregierung zu der geplanten Ruhrkonferenz, fand am 24. September 2018 eine Sondersitzung der Verbandsversammlung mit Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) statt. Die Redezeit für Statements der Fraktionen war nach Größe gestaffelt, DIE LINKE hatte die riesige Spanne von 3,5 Minuten – um einen wirklichen Austausch ging es also nicht. Wir haben neben deutlicher Kritik am Vorgehen der Landesregierung – fünf Forderungen an die Konferenz formuliert:

- Der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit darf bei aller „Zukunftsorientierung“ nicht ausgespart werden, die Region solle sich zu einer „Modellregion“ für einen sozialen Arbeitsmarkt entwickeln, in dem Tariflohn statt Mindestlohn gezahlt wird.
- Die Förderung der Bildung darf nicht nur auf Talentschulen setzen. Im Ruhrgebiet gibt es 1.408 Schulen, ganze 30 sollen „Talentschulen“ werden – das sind 2,13 %. Da wird man kaum etwas bewegen können. Vielmehr gilt es den Grundsatz „Gleiches ungleich behandeln“ im Schulgesetz umzusetzen und dafür Lehrer einzustellen.

- Beim Thema der Verkehr soll es vor allem um die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs gehen. Autobahnprojekte sind kontraproduktiv.
- Zur Stärkung der desolaten Finanzlage der Kommunen braucht es endlich einen Altschuldenfonds. Außerdem: Die Förderung darf nicht an fehlenden Eigenmitteln scheitern.
- Der Regionalverband Ruhr ist an der Ruhrkonferenz auf Augenhöhe zu beteiligen.

Wichtiges aus der 20. Verbandsversammlung

Haushalt des RVR eingebracht

Bevor der Haushalt des Regionalverbandes Ruhr (RVR) eingebracht wird, haben die Kommunen die Möglichkeit der Stellungnahme. Wie in jedem Jahr erwarten einzelne Kommunen die Anpassung bzw. Reduzierung des Hebesatzes, der in den letzten Jahren fast konstant geblieben ist. Einer Senkung wird die Verbandsversammlung jedoch angesichts der wachsenden Aufgaben für den RVR nicht folgen.

Der Haushalt sieht in 2019 Erträge in Höhe von rund 96 Mio. Euro bei Ausgaben in Höhe von rund 101 Mio. Euro vor. Das Defizit wird über die Ausgleichsrücklage gedeckt.

In den Haushaltsberatungen der kommenden Monate mit den Bereichsleitern des Verbandes Herrn Schlüter (Wirtschaftsführung), Herr Tönnies (Planung) und Frau Frense (Umwelt) werden wir insbesondere die Finanzierung der Standortmarketingkampagne, den Ausbau von Datenerfassungssystemen für die Kommunen sowie die geplante Übernahme von Flächen der RAG kritisch hinterfragen. Darüber hinaus wird es u.a. um die Frage der Einstellung von Personal für die anstehenden langfristigen Projekte, die Umsetzung des Revierparkkonzeptes, die Fortführung der Sozialkonferenz oder die Verbesserung der Ausbildungssituation gehen. Mit Blick auf die Direktwahl 2020 halten wir es außerdem für wichtig erneut darauf zu dringen, dass der Verband die Möglichkeiten zur Übernahme von Aufgaben für die Mitgliedskommunen stärker vorantreibt.

Ersatzneubau der Rheinbrücke an der A 40 unbedingt zeitgemäß planen

Einer Stellungnahme des RVR zum Planfeststellungsverfahren für den Ersatzneubau der Rheinbrücke an der A40 bei Duisburg hat die Fraktion DIE LINKE zugestimmt. Die Stellungnahme kritisiert sehr deutlich, dass der heutige Ausbaustandard für Radschnellwege von 6,50 Meter beidseitig (4 m fürs Rad, 2,50 m für Fußverkehr) bei dem Neubau nicht umgesetzt werden soll. Damit blockiert der Bund hier den weiteren Ausbau des geplanten Radschnellwegnetzes. Dabei nutzen bereits jetzt täglich 2000 Radfahrer*innen die Verbindung.

Klare Forderungen an EU, Bund und Land zur neuen EU-Förderperiode 2021-2027

Bereits im Sommer hatte die Verwaltung des RVR in Zusammenarbeit mit allen Mitgliedskommunen ihre Anregungen zur Gestaltung der Programme für die EU-Förderperiode 2021-2027 gegenüber Brüssel, Berlin und Düsseldorf zusammengefasst und eingereicht. Begründung: Nur so hätten sie noch in die Beratungen der zuständigen Ausschüsse einfließen können.

Im Austausch mit den Mitarbeiter*innen von Martina Michels unterzogen wir diese Forderungen einer kritischen Prüfung. Im Ergebnis dessen stellten wir fest, dass das Positionspapier die Auswirkungen der vorgesehenen Kürzungen in einzelnen Haushaltsbereichen wie EFRE, ESF oder Interreg oder die fehlende Einbindung der Kommunen zum Ausdruck bringt.

Um auch seitens der Politik des Verbandes auf die Inhalte der Positionierung endlich Einfluss nehmen zu können, forderten wir den interfraktionellen Arbeitskreis zur EU-Arbeit des Verbandes endlich einzuberufen.

Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet – Belange in der Stadt Bottrop beachten

Zu der nun vorliegenden Machbarkeitsstudie für den Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet von Essen nach Gladbeck haben wir einen Antrag in die Verbandsversammlung eingebracht, nach dem Straßen.NRW beim Bau der Strecke die von ADFC, Rat und Bürger*innen der Stadt Bottrop favorisierte Alternativtrasse umsetzung soll. Die Vorteile dieser Trasse: Mehr Sicherheit, geringere Belastungen durch Abgase, stärkere Kreuzungsfreiheit.

Da die CDU-Fraktion hierzu Beratungsbedarf angemeldet hat, wurde unser Antrag in die Verbandsversammlung am 13. Dezember 2018 geschoben.

Neuigkeiten aus den Ausschüssen

IGA 2027 – Entscheidung in den Kommunen steht jetzt endlich an

Es schien eine unendliche Geschichte zu werden – das Ringen um die Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Internationalen Gartenschau im Ruhrgebiet 2027. Selbst die im Juni vorgelegte Studie des Ruhr-Forschungsinstitutes für Innovations- und Strukturpolitik e.V. (RUFIS) zu den gesamt- und regionalwirtschaftlichen Effekten der Gartenschau brachte keine Reaktion aus Düsseldorf. Dabei stellt die neue Studie ebenso wie die Machbarkeitsstudie fest: Die IGA bringt mehr ein als sie kostet. Es könnten rund 8.700 Arbeitsplätze entstehen, von denen rund 6.100 in der Region verbleiben. Man würde erhebliche regionale und gesamtwirtschaftliche Effekte bei Einkommen, Beschäftigung und Tourismus erzielen können. Aber ein Ja aus Düsseldorf zur Beteiligung an den benötigten 168 Mio. Euro für die Investitionen und 88 Mio. Euro zur Durchführung der IGA blieb aus.

Bei jeder Gelegenheit thematisierten wir, dass es fatal wäre, wenn die Chancen der IGA von der Landesregierung in den Sand gesetzt werden. Wer wie ein Mantra vor sich her trägt, dass das Ruhrgebiet mehr Wirtschaft, Kreativität, Tourismus und Kooperation braucht, der sollte auch klar sagen, was ihm die IGA wert ist. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung ihre Unterstützung zugesagt – nachdem sich die Kommunen des Ruhrgebiets geschlossen für die IGA ausgesprochen haben. In den nächsten Wochen werden die Räte Beschlüsse über die finanzielle Beteiligung fassen.

Regionalplan Ruhr – Wie geht es weiter?

In die Verbandsversammlung im Juni zum Erarbeitungsbeschluss über den neuen Regionalplan Ruhr und das Handlungsprogramm brachte die Fraktion DIE LINKE im RVR erste Anträge ein, die nun in das Beteiligungsverfahren einfließen. Zum einen sollen die laufenden Verfahren zur Ansiedlung von Möbelhäusern in Dortmund, die auch Auswirkungen auf die umliegenden Kommunen haben, noch nicht abgeschlossen werden. Im anderen Antrag fordern wir eine stärkere Verankerung des barrierefreien Umbaus von Wohnungen, der Bezahlbarkeit von Wohnraum sowie den Erhalt und den Ausbau der geförderten Sozialwohnungsbestände. Bis Ende Februar haben Bürger*innen, Kommunen, Verbände und Organisationen die Möglichkeit nun ihre Anregungen und Bedenken im RVR vorzubringen.

Wir würden uns über einen regen Austausch mit Euch dazu freuen. Gern kommen wir auch zu Euch vor Ort, um Fragen, Anregungen, Mitwirkungsmöglichkeiten zum Regionalplan und zum Handlungsprogramm zu diskutieren oder auch Veranstaltungen unter Mitwirkung der Verwaltung des RVR mit Euch zusammen durchzuführen. Nehmt dazu Kontakt zu unserer Fraktionsgeschäftsführerin Heike Kretschmer auf.

Einige Pressemitteilungen ...

Langzeitarbeitslosigkeit und Armut kein Thema

24.09.2018

Deutliche Kritik der Fraktion DIE LINKE im RVR an den Themen der Ruhrkonferenz

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt es, dass die Diskussion um die Ruhrkonferenz der Landesregierung nun konkretere Formen angenommen hat. Zentrale, für die Region wichtige Themen klammert die Landesregierung nach wie vor aus.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion dazu: „Der Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit und Armut spielt für die Landesregierung kaum eine Rolle. Dabei ist er für die Region zentral. In Essen sind gerade 40 der 250 Plätze des Förderprogramms für Langzeitarbeitslose besetzt, weil die Förderbedingungen von den Trägern nicht erfüllt werden können und nur Mindest- statt Tariflohn gefördert wird. Bei den Schulen will die Landesregierung gerade Mal 30 von 1408 Schulen zu Talentschulen machen. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Hinzu kommt die nach wie vor prekäre Finanzlage der Kommunen. Hier muss das Land endlich einen Altschuldenfonds einrichten.“

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung lebt in zehn Kommunen des Ruhrgebiets mehr als jedes vierte Kind in Armut. In Essen ist es mehr als jedes dritte, vor allem weil die Eltern langzeitarbeitslos sind. Auch nach Ansicht der Bertelsmann-Stiftung ist Armut für fünfzig Prozent der Kinder unter 15 Jahren im Ruhrgebiet ein Dauerzustand.

Wolfgang Freye weiter: „Wir erwarten von der Landesregierung im Übrigen, dass der RVR an der Ruhrkonferenz in Augenhöhe beteiligt wird. Bisher ist er das nicht. Man kann als Land aber nicht einerseits die Stärkung des RVR wollen, bis hin zur Direktwahl 2020, in der Praxis den RVR aber außen vorlassen, weil einem die politischen Mehrheiten nicht passen.“

Ausdünnung des Fernverkehrs durch die Bahn stoppen**7.06.2018****Fraktion DIE LINKE im RVR initiiert Antrag für die nächste Sitzung des Ruhrparlaments**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält die Überlegungen der Deutschen Bahn, Kürzungen auf der wichtigsten Fernverkehrsstrecke durch das Ruhrgebiet vorzunehmen, für falsch. Diese Verkehrsplanung darf sich nach Ansicht der Fraktion nicht durchsetzen.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion dazu: „Tatsächlich halten wir die geplanten Änderungen im Fernverkehrsnetz für ein falsches verkehrspolitisches Signal der Deutschen Bahn. Anders kann man das nicht bezeichnen, wenn der geplante ‚Deutschland-Takt‘ dazu führt, dass die zentralen Teile des Ruhrgebietes ‚abgehängt‘ werden. Das ist völlig inakzeptabel! Duisburg, Essen und Bochum sind auch für sich betrachtet Großstädte mit jeweils mehreren hunderttausend Einwohner/innen. Da die anderen Großstädte dieser Größenordnung alle an das ICE-Netz angeschlossen sind, wäre ein Wegfall der ICE-Linie für diese drei Städte auch eine nicht nachvollziehbare Schlechterstellung. Ziel muss es sein, mindestens den aktuellen Stand zu erhalten und perspektivisch zu erweitern.“ ...

Schwarz-Gelbe Landesregierung „bremst“ den RVR aus**7.05.2018****Chancen für Kooperationen sollten dennoch besser ausgelotet werden**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) kann die Kritik von vor allem CDU-Politikern am Regionalverband Ruhr (RVR) nur teilweise nachvollziehen. Dass ausgerechnet die NRW-Kommunal- und Heimatministerin Ina Scharrenbach sich darüber beschwert, dass die Umsetzung der Möglichkeiten des RVR-Gesetzes auf sich warten lässt, ist besonders befremdlich. Denn aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR bremst gerade die schwarz-gelb geführte Landesregierung den RVR aus.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Der RVR wartet seit vielen Monaten auf eine Entscheidung der Landesregierung zur Unterstützung der Bewerbung für die Internationale Gartenausstellung 2027, die von der Verbandsversammlung mit großer Mehrheit vor anderthalb Jahren beschlossen wurde, auch mit den Stimmen von CDU und FDP. Entschieden ist auch nach einem Jahr schwarz-gelb noch nichts, obwohl dieses Projekt in Kooperation mit den Kommunen entstanden ist und die Zusammenarbeit im Ruhrgebiet stärken würde. Bei der geplanten Ruhrkonferenz, die nun anscheinend eine lockere Folge von Gesprächen und Veranstaltungen werden soll, ist der RVR vom Land bisher überhaupt nicht eingebunden worden. Das kann aus unserer Sicht nicht sein, zumal wir als Oppositionspartei den Eindruck haben, dass der Landes-CDU vor allem die Mehrheitsverhältnisse im RVR nicht passen und die Blockade parteipolitisch motiviert ist.“

Natürlich ist bei der Kooperation der Kommunen untereinander auch nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE im RVR Luft nach oben. Auch die gemeinsame Dachgesellschaft der Revierparks könnte weiter sein, wenn die Städte Dortmund und Herne ihre Revierparks eingebracht hätten. Diese Kooperation kann aber nicht „von oben“ bewirkt werden.

„Wir wollen nicht bestreiten, dass es auf der kommunalen Ebene noch genug ‚Kirchtürme‘ gibt und der Kommunalrat der Oberbürgermeister, dessen Intransparenz wir immer kritisiert haben, bisher keine Impulse für Aufgabenübertragungen an den RVR gegeben haben,“ so Wolfgang Freye weiter. „Aber auch hier liegt ein Schlüssel beim Land, denn gerade die Kooperation der Nahverkehrsunternehmen, die der Vorsitzende der Revier-CDU, Oliver Wittke, anspricht, ist vom RVR überhaupt nicht beeinflussbar, wohl aber vom Land. Auch der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) kam in den 80er Jahren nur über ein Landesgesetz der damaligen SPD-Landesregierung zustande. Ein erster Schritt auf dem Weg dahin wäre die Realisierung einer gemeinsamen Verkehrsplanung für alle Kommunen des Ruhrgebiets, doch auch das kann der RVR nicht anstoßen, wohl aber das Land.“

Im Übrigen wurde ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Haushalt 2018, nach dem ein Gutachten erstellt werden sollte, in dem mögliche Aufgabenübertragungen der Kommunen untersucht werden, von der XXL-Koalition mit den Stimmen der CDU abgelehnt. Hier könnte auch der RVR etwas weiter sein.

Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die dielinke@rvr-online.de.

Impressum:

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer Gutenbergstr. 47; 45128 Essen
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334
Email: dielinke@rvr-online.de Internet: www.dielinke-rvr.de